Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 43

Artikel: Die Schweiz im Blickpunkt des Ostblocks

Autor: Christ, Peter / Larin, V.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076813

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz im Blickpunkt des Ostblocks

Die rasch voranschreitende Integration Europas beeinflusst die politische Lage der Welt. In dieser sich ändernden Umwelt muss auch die Schweiz ihren Standort neu bestimmen und abgrenzen. Daher widmen die Länder des Ostblocks unserem Staat gegenwärtig grosse Aufmerksamkeit. Nach dem Jugend-Festival in Helsinki hat sich ein Mitglied der Delegation schweizerischer Kommunisten, Jonathan Paul, in einem Brief an die Bukarester Zeitung «Neuer Weg» über die antikommunistische Haltung des Schweizervolkes beklagt. Diese Angriffe gegen unser Land wurden in weiteren Zeitungen fortgesetzt. In der Zeitung der ungarischen Minderheit in der Slowakei, Uj Szo, beschreibt ein Herbert Berger die «westdeutsche Invasion» im Tessin und tönt an, unser südlicher Kanton sei voll von Nazis. Von besonderem Interesse sind jedoch ein «Brief aus Bern» im «Neuen Weg» und eine Stellungnahme der «Izvestija», die auszugsweise nachgedruckt werden.

« Schweizer Demokratie in der Praxis »

Brief aus Bern von Peter Christ.

«Neuer Weg», Bukarest, 11. 10. 1962.

«... Das politische Klima hat in dieser Demokratie grundlegend gewechselt. Dies kommt unter anderem auch in der folgenden Tatsache zum Ausdruck. Früher gewährte unser Land den sozialistischen Revolutionären Asylrecht. Heute ist es das konterrevolutionäre Gesindel, das in der Eidgenossenschaft Aufnahme gefunden hat und begünstigt wird. Seit Jahren wird keinem ausländischen Kommunisten gestattet, in der Schweiz das Wort zu ergreifen ... Die kapitalistischen und bei uns herrschenden Kreise sind von einer Angst und wahren Hysterie vor dem fortschreitenden und aufsteigenden Sozialismus befallen ...

Dabei ist allerdings zu unterstreichen, dass die Reaktion im deutschsprachigen Landesteil, der drei Viertel der Bevölkerung umfasst, besonders toll wütet. In den Gebieten, wo französisch und italienisch gesprochen wird — angrenzend an Frankreich und Italien —, ist die Lage in mancher Beziehung verschieden und normaler ...

Laut Verfassung besteht in der Schweiz die Pressefreiheit. Was aber nützt dieses demokratische Recht, wenn die Zeitung der Partei der Arbeit (kommunistische Richtung) in der ganzen deutschen Schweiz keine Herstellungsmöglichkeit findet. In jeder Beziehung sabotiert und boykottiert, ist die Partei gezwungen, ihre Zeitung, den «Vorwärts», im französischsprechenden Landesteil herauszugeben ... Die Versammlungsfreiheit ist ebenfalls durch das Gesetz garantiert. Doch sind der Partei der Arbeit die Versammlungslokale gesperrt. Diese Lokalsperre betrifft auch andere, insbesondere kulturelle Organisationen, die im Verdachte stehen, irgendwelche Berührungspunkte mit der Linkspartei zu haben ...

Diese Feststellungen, die leicht durch viele weitere Einzelheiten ähnlichen Charakters ergänzt werden könnten, zeigen, wie es in der Praxis um die Demokratie bestellt ist. Dieser Kurs bezieht sich nicht nur auf die Behandlung der Partei der Arbeit, sondern auch auf die Beziehungen zur sozialistischen Welt, obwohl formale diplomatische Beziehungen bestehen, und die Grossunternehmer einen regen Warenverkehr mit den sozialistischen Ländern entwickeln ...

Die Schweiz ist glücklicherweise von den beiden Weltkriegen verschont geblieben. Ihre edelste Aufgabe sollte es auch heute sein, im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten für die Erhaltung des Friedens zu wirken. Dem ist leider nicht so. Die grosse Zahl von Zeitungen beteiligen sich — mit wenigen Ausnahmen — unter Volldampf an der Kampagne des Kalten Krieges. Inbegriffen die sozialdemokratischen Zeitungen, soweit diese von Rechtselementen geleitet werden ...

Für die Stimmungsmache in den Zeitungen und Zeitschriften, die in der Unterdrückung und den Verboten von kulturellen Veranstaltungen ihren Niederschlag findet, wie die Verhinderung von sportlichem Austausch, werden die Stichworte durch Radio Beromünster gegeben. Was dieser Sender seinen geduldigen Hörern an Hetze, Schwindeleien, Verleumdungen, Halbwahrheiten und handgreiflichen Lügen über die Sowjetunion und ihre Politik, aber auch über die andern sozialistischen Ländern vermittelt, findet nicht seinesgleichen in den Nachbarstaaten der Schweiz ...

Da dies nicht der Fall ist, stehen der linke Flügel der Arbeiterbewegung und auch andere fortschrittliche Kräfte vor den beiden wichtigen Aufgaben: den Kampf um die demokratischen Rechte zu führen und die Wahrheit über den sozialistischen Teil der Welt zu verbreiten ... »

Die Neutralität der Schweiz ist gefährdet

Von V. Larin.

«Izvestija», Moskau, 5. 10. 1962.

Nach einem kurzen Hinweis auf die Diskussion über Beitritt oder Assoziation der Schweiz im Rahmen der EWG schreibt der Autor:

«Die Frage der Assoziation der Schweiz mit dem ‚Gemeinsamen Markt' bedeutet an sich eine ernsthafte Aenderung der schweizerischen Aussenpolitik. Bisher hat die Neutralitätspolitik — und der neutrale Status der Schweiz ist einer der ältesten Europas, er wurde schon 1815 international anerkannt — der Bevölkerung des Landes keinen kleinen Nutzen eingebracht. Ausserdem hatte die Neutralität der Schweiz eine gewisse stabilisierende Bedeutung in internationalen Beziehungen und trug zu einer gewissen Milderung der Spannung bei.

Jetzt aber, da die Regierung der Schweiz ihr Land an die Schwelle des ‚Gemeinsamen Marktes' heranführt und ihre Absicht bekundet, diese Schwelle zu überschreiten, handelt es sich im Grunde um eine Umdeutung des Inhaltes der Neutralität. Diesen Schritt zu tun oder nicht, hängt vom Willen des Schweizervolkes und der schweizerischen Regierung ab. Es ist aber jedermann klar, dass die Folgen der beabsichtigten Assoziation mit der EWG den Rahmen der nationalen Grenzen der Schweiz weit überschreiten werden, und die, denen die Sache des Friedens teuer ist, müssen beunruhigt sein ...

Die herrschenden Kreise der Schweiz richten ihre Politik schon jetzt nach dem Geschmack und den Vorschriften der EWG-Mitglieder. Die jüngste Kampagne gegen den Osthandel, der tatsächliche Boykott der kulturellen und sportlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und gleichzeitig die umfassende Annäherungen an den aggressiven nordatlantischen Block — all dies spricht für sich selbst.

Die scharfe Reaktion der Oeffentlichkeit, die zahlreichen Proteste und die Unzufriedenheit wegen der Politik einer Kastrierung der Neutralität zwingt die herrschenden Kreise der Schweiz zum Lavieren, zur Suche nach einer politischen Formel, welche die Maskierung ihrer politischen Ziele erlaubt. Ein solcher Ausweg könnte nach der Meinung der EWG-Anhänger jene Klausel sein, die die Erhaltung des neutralen Statuts der Schweiz ermöglicht. Diese Klausel soll erst dann festgelegt werden, wenn die Frage des Beitritts zur EWG entschieden wird.

Eine solche Klausel kann aber die Neutralität kaum retten. Die Organisationen des ‚Gemeinsamen Marktes' selbst anerkennen, dass diese Gruppe nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgt ... Die politische Einstellung ist deshalb völlig klar. Alle Mitglieder des ‚Gemeinsamen Marktes' sind aktive Mitglieder der Nato. Diese Gruppe wurde vor allem als wirtschaftliche Basis für den aggressiven nordatlantischen Block ausgedacht.

Man muss noch einen andern bedeutsamen Umstand berücksichtigen. Stimmen, nach welchen die Schweiz bei einem eventuellen Beitritt zur EWG ihre Rechte zur Neutralität aufrechterhalten kann, werden nur von einer, von der schweizerischen Seite, laut. Die Teilnehmer des ‚Gemeinsamen Marktes', vor allem die Bundesrepublik und Frankreich, erachten es als unnötig, diesbezügliche Illusionen zu hegen.

Es ist bekannt, dass das ‚Sechsergespann' im Zusammenhang mit Versuchen anderer Staaten, dem ‚Gemeinsamen Markt' mit besonderen Bedingungen beizutreten, Privilegien zu erkämpfen, welche mit gewissen Abweichungen vom Römer Vertrag verbunden sind, eifersüchtig ist ...

Wenn man sogar annimmt, dass sich die Schweiz dem ‚Gemeinsamen Markt' nur wirtschaftlich anschliesst und keine politischen Verpflichtungen übernimmt, ist die Unrichtigkeit der Argumentierung jener, welche beteuern, dass die Neutralität aufrechterhalten bleibt, offensichtlich. Die einseitige wirtschaftliche Orientierung, welche nach dem Beitritt der Schweiz ... unvermeidlich wird, gibt den Hauptagenten der Nato genügend mächtige Waffen zum politischen Druck in die Hand ... Es ist allen klar, dass viele Schweizer ihr Land auf die Nato ausrichten wollen. Gerade deshalb wird eine offene politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedern dieses Blocks bezweckt. Sie sind auch bestrebt, diese Zusammenarbeit mit einer militärischen zu ergänzen.

Der Geist des Militarismus, welcher in den Nato-Ländern herrscht, findet immer mehr Anhänger auch in der neutralen Schweiz ... Es ist sogar einem Laien klar, dass, wenn die Ausrüstung der Schweizer Armee nach dem Standard der Nato-Streitkräfte vorbereitet wird, das schweizerische Militärsystem der militärischen Organisation der Mitglieder des aggressiven Atlantikpaktes angenähert wird. Dieser Schritt lässt sich sogar unter Berufung auf die sogenannte bewaffnete Neutralität rechtfertigen ...

Die regierenden Kreise der Schweiz setzten sich zum Ziele, den Begriff der Neutralität sowohl im rein militärischen Sinne als auch als Grundlage einer aussenpolitischen Orientierung zu kastrieren. Der Beitritt zum ‚Gemeinsamen Markt' ist für die Neutralität der Schweiz gleich einem 'Abschiedsglockenklang'.»